



Satzung

vom 04. Dezember 1995 i.d.F. vom 13. April 2003, geändert am 03.04.2006

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen Deutsche Experimental-Raketen Arbeitsgruppe – Verein für Raketen- und Weltraum-Technologie e.V., nachstehend DERA genannt. Der Verein ist unter Nr. 16259 Nz im Vereinsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg (Berlin) eingetragen.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin.
3. In der folgenden Satzung wird der Verein kurz *DERA* genannt.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben des Vereins

1. Die DERA verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der geltenden Abgabenordnung, wie in § 2. 1 ff weiter ausgeführt.
2. Zweck der DERA ist die Förderung des Raketen-Sports, die Auseinandersetzung mit der Raketen- und Weltraum-Technologie und die Förderung nationalen und internationalen Austausches technisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse auf ausschließlich gemeinnütziger Grundlage.
3. Die Aufgaben der DERA sind:
 - 3.1 Der Bau und Betrieb von Experimentalraketen unter Berücksichtigung aller dazu gehöriger technischer und wissenschaftlicher Aspekte, insbesondere auch die Schaffung von Möglichkeiten Experimentalraketen-Flüge durchzuführen.
 - 3.2 Die Idee der Beschäftigung mit Raketen, insbesondere Experimentalraketen zu verbreiten. Dieses geschieht durch die Organisation und Unterstützung von Abschuss-Tagen, Workshops, Festivals, Wettbewerben, Ausstellungen, Konstruktion und Bau, sowie Herausgabe von Informationen hierüber (mediale Repräsentation in Form von Dru-

ckerzeugnissen oder elektronischen oder anderen Medien) usw.

- 3.3 Die Herstellung und Pflege der Kontakte und Verbindungen zur internationalen Gemeinschaft Gleichgesinnter. Diese Tätigkeit erfolgt im Sinne des internationalen Kulturaustausches und der Völkerverständigung.
- 3.4 Die Darstellung und Verbreitung der Beschäftigung mit Raketen in ihrer Vielfalt, d.h. auf wissenschaftlich-technischen und historischen, künstlerischen und sportlichen Aspekte hinzuweisen. Dieses erfolgt insbesondere auch durch publizistische Tätigkeit in allen Medien, sowie durch gezielte Aktivitäten, wie Medieninformationen (Presse, Funk, Fernsehen), Vorträge, Fortbildungsseminare und Workshops.
- 3.5 Die Zusammenarbeit mit allen Vereinen, Institutionen und Gesellschaften, die den Zielen der DERA dienlich sind, insbesondere den nationalen und internationalen Fachgesellschaften.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Die DERA verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung. Der konkrete Zweck des Vereins ist in § 2 niedergelegt.
2. Die DERA ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Die Mittel der DERA dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch eine unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
5. Bei Auflösung der DERA oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke oder bei Wegfall eines bisherigen Zwecks ist sein Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden. Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden. Bevorzugt soll das Vermögen an das Deutsche Museum München – Raketen- und Weltraum-Abteilung – fallen, das es ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 4 Rechtsgrundlagen

Die Satzung sowie die Beschlüsse der satzungsmäßigen Organe des Vereins sind für alle Mitglieder bindend. Rechtsgrundlage ist die Satzung.

§ 5 Mitgliedschaft

1. Mitglied der DERA kann jede natürliche und juristische Person werden, die

die Satzung anerkennt.

2. Der Verein besteht aus ordentlichen Mitgliedern und Ehrenmitgliedern.
3. Natürliche Personen, die sich in besonderem Maße Verdienste um den Verein erworben haben, können durch Beschluß der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Die Ehrenmitglieder haben die Rechte der ordentlichen Mitglieder.
4. Für die Mitgliedschaft Jugendlicher, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bedarf es der vorherigen Zustimmung des Erziehungsberechtigten.
5. Die Erhebung, Speicherung und Nutzung von personenbezogenen Daten der Mitglieder erfolgt nur zu eigenen Zwecken des Vereins (z.B. Mitgliederverwaltung, Finanzen und Versicherung, E-Mail-Verteiler). Postalische und E-Mail-Adressen dürfen innerhalb des Vereins weitergegeben werden. Die Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte (z.B. andere Vereine, Verbände, Sponsoren) bedarf der Einwilligung des/der Mitglieds/Mitglieder.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Alle Mitglieder ab dem vollendeten 14. Lebensjahr besitzen Rede- und Antragsrecht sowie das passive und aktive Stimmrecht auf den Mitgliederversammlungen. Juristische Personen besitzen nur eine Stimme und nur das aktive Stimmrecht.
2. Alle Mitglieder ab dem vollendeten 14. Lebensjahr haben das Recht, Anträge an den Vorstand zu stellen.
3. Alle Mitglieder haben Zutritt zu den Veranstaltungen des Vereins.
4. Jedes Mitglied hat das Recht, bei jeglichem Schriftverkehr nach seinem Namen den Zusatz Mitglied (in) der DERA zu führen.
5. Die mit einem Ehrenamt betrauten Mitglieder haben nur Ersatzansprüche tatsächlich entstandener Auslagen.
6. Die Mitglieder des Vereins sind verpflichtet:
 - 6.1 Die Ziele des Vereins nach besten Kräften zu fördern.
 - 6.2 Das Vereinseigentum schonend und fürsorglich zu behandeln.
 - 6.3 Den Mitgliedsbeitrag im voraus zu bezahlen.
 - 6.4 sich entsprechend der Satzung, den weiteren Ordnungen des Vereins sowie den Beschlüssen der Mitgliederversammlung zu verhalten.

6.5 sich über den Sicherheitscodex zu informieren, und den Sicherheitscodex in der jeweils auf den neuesten Stand gebrachten Version zu beachten.

§ 7 Maßregelung

1. Gegen Mitglieder – ausgenommen Ehrenmitglieder – können vom Vorstand Maßregelungen beschlossen werden:
 - a) wegen erheblicher Verletzung satzungsgemäßer Verpflichtungen bzw. Verstoßes gegen Ordnungen, Beschlüsse oder den jeweils gültigen Sicherheitscodex
 - b) wegen vereinsschädigenden Verhaltens, eines schweren Verstoßes gegen die Interessen des Vereins oder groben unsportlichen Verhaltens
 - c) wegen unehrenhafter Handlungen.
2. Maßregelungen sind:
 - a) Verweis
 - b) Befristetes Verbot der Teilnahme am Sportbetrieb sowie an Veranstaltungen des Vereins
 - c) Ausschluss aus dem Verein.Bei Bekanntwerden eines Verhaltens nach Nr. 1 a) bis c) kann das betroffene Mitglied zunächst vom Vorstand bis zu dessen Entscheidung suspendiert, d.h. vom Vereinsleben ausgeschlossen, werden.
3. Vor der Entscheidung ist dem betroffenen Mitglied unter Setzung einer Frist von zwei Wochen die Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. Die Frist beginnt mit dem Datum der Zustellung des Anhörungsschreibens durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein. Die Äußerung des betroffenen Mitglieds kann schriftlich oder mündlich vor dem Vorstand erfolgen.
4. Über Maßregelungen nach Nr. 2 a) und b) entscheidet der Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit. Über den Ausschluss gemäß Nr. 2 c) entscheidet der Vorstand mit absoluter Stimmenmehrheit.
5. Gegen die Entscheidung ist die Berufung zur Mitgliederversammlung zulässig. Die Berufung ist binnen eines Monats nach Zugang der Entscheidung schriftlich beim Vorstand einzulegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet endgültig.
6. Wird die Maßregelung nicht rechtzeitig angefochten, so kann auch gerichtlich nicht mehr geltend gemacht werden, die Maßregelung sei unrechtmäßig.

§ 8 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

1. Die Aufnahme als Vereinsmitglied erfolgt nach schriftlichem Antrag an die Vereinsanschrift und Überweisung des Mitgliedsbeitrages auf die Vereinskonten. Der Eintritt ist ganzjährig möglich, die Mitgliedschaft beginnt am ersten des Folgemonats nach Zahlungseingang. Der Gesamtvorstand kann aus triftigen Gründen einen Antrag ablehnen. Dieses bedarf der Schrift-

form.

2. Gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrages kann der Bewerber auf der Mitgliederversammlung Einspruch erheben. Die Entscheidung der Mitgliederversammlung ist endgültig.
3. Die Mitgliedschaft endet:
 - 3.1 durch Tod,
 - 3.2 durch schriftliche Austrittserklärung,
 - 3.3 wenn das Vereinsmitglied trotz erfolgter Mahnung den fälligen Beitrag nicht bezahlt,
 - 3.4 durch Ausschluss.
4. Die Austrittserklärung hat zum Ende des Kalenderjahres schriftlich an die Vereinsadresse zu erfolgen. Hierbei ist eine sechswöchige Kündigungsfrist einzuhalten.
5. Mit Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedsverhältnis, unbeschadet des Anspruchs des Vereins auf rückständige Forderungen. Eine Rückvergütung von Beiträgen, Sacheinlagen oder Spenden ist ausgeschlossen.

§ 9 Beiträge

1. Die Mitgliedsbeiträge werden vom Vorstand vorgeschlagen und von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit bestätigt.
2. Mitgliedsbeiträge sind für das Geschäftsjahr im Voraus zu bezahlen. Bei fortgesetzter Mitgliedschaft ist der Beitrag mit Beginn des Geschäftsjahres fällig. Beginnt oder endet die Mitgliedschaft während des Geschäftsjahres, ist gleichwohl der gesamte Jahresbeitrag zu zahlen.
3. Ehrenmitglieder sind von Beitragszahlung befreit.
4. Der Vorstand hat das Recht, ausnahmsweise bei Bedürftigkeit die Mitgliedsbeiträge ganz oder teilweise zu erlassen, sie zu stunden oder Ratenzahlungen zu bewilligen. Hierzu ist der Vorstand der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig.

§ 10 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

1. Vorstand
2. Mitgliederversammlung.

§ 11 Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem:

1. Präsidenten
2. Vizepräsidenten
3. Schatzmeister
4. Protokollführer
5. weiteren Vorstandsmitgliedern als erweitertem Vorstand (Beisitzer).

Die Anzahl der Beisitzer soll in einem vertretbarem Verhältnis zur Anzahl der Vollmitglieder und der vom Vorstand zu bewältigenden Aufgaben stehen.

§ 12 Zuständigkeiten des Vorstands

1. Der geschäftsführende Vorstand, d.h.:
 - Präsident
 - Vizepräsident
 - Schatzmeister
 - Protokollführersind der Vorstand im Sinne § 26 BGB. Gerichtlich und außergerichtlich wird der Verein durch je einen der vorstehend genannten Vorstandsmitglieder vertreten.
2. Der Gesamtvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung wird der Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorgelegt.
3. Der Gesamtvorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins und ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig. Er ist der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig.
4. Die Mitglieder des Vorstands werden für jeweils zwei Jahre gewählt. Sie bleiben im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.
5. Der Gesamtvorstand hat folgende Aufgaben:
 - 5.1 Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung
 - 5.2 Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
 - 5.3 Beschlussfassung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern.

- 5.4 Der Schatzmeister verwaltet die Vereinskasse und führt Buch über Einnahmen und Ausgaben. Zahlungsanweisungen ab einem Betrag von 250 € bedürfen der Unterschrift des Schatzmeisters und eines weiteren Mitglieds des geschäftsführenden Vorstands. Bei höheren Beträgen darf die vorgenannte Unterschriftenregelung nicht durch Teilen der Beträge und mehreren Einzelanweisungen umgangen werden.
- 5.5 Der Gesamtvorstand fasst seine Beschlüsse in Vorstandssitzungen, die vom Präsidenten und bei dessen Verhinderung vom Vizepräsidenten einberufen werden. Der Gesamtvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit muss der Präsident bzw. der Vizepräsident binnen einer Woche eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung einberufen. Diese zweite Sitzung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vorstandsmitglieder beschlussfähig. In der Einladung zu der zweiten Versammlung ist auf diese besondere Beschlussfähigkeit hinzuweisen. Der Gesamtvorstand fasst seine Beschlüsse – mit Ausnahme einer Ausschlussentscheidung (§ 7 Nr. 2 c)) – mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten bzw. bei dessen Abwesenheit die seines Stellvertreters.
- 5.6 Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds haben die übrigen Vorstandsmitglieder das Recht, aus der Mitgliederschaft eine Ersatzperson bis zur nächsten Mitgliederversammlung zu bestimmen.

§ 13 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist oberstes Organ der DERA. Sie tritt mindestens einmal jährlich zusammen und ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß zu ihr eingeladen wurde.
2. Die Einberufung von Mitgliederversammlungen erfolgt durch den Vorstand durch schriftliche oder textliche (per E-Mail) Einladung. Für den Nachweis der frist- und ordnungsgemäßen Einladung reicht die Absendung der Einladung aus. Zwischen dem Tag der Einladung und dem Termin der Versammlung muss eine Frist von mindestens vier Wochen liegen. Stehen Satzungsänderungen an erhöht sich die Einladungsfrist auf mindestens sechs Wochen. Mit der Einberufung der Mitgliederversammlung ist die Tagesordnung mitzuteilen. Anträge auf Satzungsänderung müssen bei der Bekanntgabe der Tagesordnung wörtlich mitgeteilt werden.
3. Ergänzungen der Tagesordnung durch die Mitgliederversammlung sind mit Ausnahmen von Satzungs- oder Programmänderungen oder Vorstandswahlen möglich. Anträge zur Tagesordnung sind zu Beginn der Mitgliederversammlung zu stellen.

4. Der Gesamtvorstand kann auch jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Hierzu ist er verpflichtet, wenn 20 % der Mitglieder dieses unter Angabe der Gründe schriftlich verlangen. In diesem Fall sind die Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung und Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen einzuladen.
5. Die in der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen. Sie sind den Mitgliedern mitzuteilen

§ 14 Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Aufgaben zuständig:

1. Wahl und Ab-Wahl des Vorstandes,
2. Wahl der Kassenprüfer,
3. Festsetzung des Mitgliedsbeitrages,
4. Die Entgegennahme des Jahres- und Kassenberichtes des Vorstandes, des Prüfungsberichts der Kassenprüfer,
5. Genehmigung des Haushaltsplanes.
6. Bestimmung der Richtlinien für die Arbeit des Vereins auf der Grundlage von Programm und Satzung,
7. Beschlussfassung über Änderung von Programm und Satzung,
8. Ernennung von Ehrenmitgliedern,
9. Beschlussfassung über die vom Gesamtvorstand unterbreiteten Aufgaben sowie die nach der Satzung übertragenen Angelegenheiten,
10. Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.

§ 15 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Den Vorsitz der Mitgliederversammlung führt der Präsident bzw. in seiner Abwesenheit der Vizepräsident. Das Protokoll führt der Protokollführer.
2. Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Stimmenenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen, Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
3. Die Beschlussfassung erfolgt durch offene Abstimmung, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen oder die Satzung dem entgegenstehen.

4. Die Wahl der Vorstandsmitglieder sowie der Kassenprüfer erfolgt geheim, wenn ein Mitglied dieses beantragt, sonst durch offene Abstimmung.
5. Satzungs- und Programmänderungen bedürfen einer Zweidrittel-Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder und können nur beschlossen werden, wenn die zu ändernden Passagen der Satzung in der Einladung bekannt gegeben worden sind (siehe § 13 Nr. 2).
6. Änderungen des Vereinszwecks bedürfen der Zustimmung aller Mitglieder.

§ 16 Protokolle

1. Über Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen und reguläre Vereinstreffen sind Protokolle zu führen.
2. Ein Vorstandsmitglied und der gewählte Protokollführer haben die Protokolle zu unterzeichnen.

§ 17 Kassenprüfung

Die DERA führt eine eigene Kasse. Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von zwei Jahren zwei Kassenprüfer. Sie haben nach Ablauf des Geschäftsjahres anhand der Bücher die Kassenführung rechnerisch und sachlich zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung der Mitgliederversammlung zu berichten. Bei berechtigten Zweifeln sind Zwischenprüfungen zulässig. Die Kassenprüfer dürfen dem Gesamtvorstand nicht angehören.

§ 18 Auflösung

1. Die Auflösung des Vereins erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung, wobei $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen für die Auflösung stimmen müssen.
2. Die Mitgliederversammlung ernennt zur Abwicklung der Geschäfte drei Liquidatoren.
3. Das Vermögen des aufgelösten Vereins wird gemäß § 3 Abs. 5 behandelt.